

IG Metall übt Kritik an Chefetage von „decor metall“

Gespräche über einen Standortsicherungsvertrag scheitern.
Die Geschäftsführung reagiert mit einer „internen Lösung“.

Bad Salzuflen-Schötmar/Detmold (Rei). Die IG Metall ärgert sich über den Inhalt eines LZ-Bereichs über das Unternehmen „decor metall“. Die Gewerkschaft vermisst in dem Artikel vom 25. März eine Würdigung des Beitrags der Mitarbeitenden zu dem Comeback des Produzenten von Warenpräsentationen.

Nach der Insolvenz 2013 hätten die IG-Metall-Mitglieder in dem Betrieb einem Restrukturierungskonzept zugestimmt und durch ihre erheblichen finanziellen Einschnitte maßgeblich zum Erhalt des Unternehmens beigetragen, heißt es in einer Pressemitteilung der Gewerkschaft. Zu Beginn habe dies im Kern den Verzicht von 12 Prozent Einkommen jeden Monat und den Wegfall sämtlicher Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld bedeutet. Seit 2017 betrage der Beitrag der Beschäftigten monatlich 4,5 Prozent des Entgelts zuzüglich der Sonderzahlungen. Dass sich das Unternehmen wieder auf der Erfolgsspur befindet, liegt für die Gewerkschaft insbesondere an „massiven finanziellen Einschränkungen“ für die Beschäftigten.

Der damals abgeschlossene Tarifvertrag sah laut IG Metall

eine Rückkehr zu den ursprünglichen Arbeitsbedingungen in 2023 vor. „Offensichtlich gefällt dem Unternehmen aber diese komfortable Situation, so dass es auch künftig das Geld behalten will“, wird Gewerkschaftssekretär Nikolaus Böttcher zitiert. Und weiter: „Wir haben dem Unternehmen zwei Lösungswege aufgezeigt, um aus dieser Situation herauszukommen, um doch noch zukünftig einen Tarifvertrag zu haben und nicht überlastet zu werden. Das wurde abgelehnt.“

Standort soll erhalten bleiben

Die Geschäftsführung von „decor metall“ bestätigt, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nach der Insolvenz unter anderem durch Gehaltsverzicht der Mitarbeiter wieder hergestellt werden konnte. „Zugleich war seit längerer Zeit absehbar, dass eine Rückkehr in den Flächentarifvertrag nach Ablauf des aktuell geltenden Restrukturierungsvertrages Ende 2022 nicht möglich sein

würde und wir eine neue Regelung benötigen“, heißt es. Nur dadurch seien Investitionen möglich, um Wettbewerbsfähigkeit und Standort zu erhalten.

Der Gewerkschaft seien Verhandlungen über einen Standortsicherungsvertrag angeboten worden. „Die IG Metall hat dies verweigert und auf tarifvertragliche Vorgehensweisen verwiesen, die für Branchen im strukturellen Umbruch vorgesehen sind – wie zum Beispiel Automobilzulieferer – und die zu einem unnötig hohen Zeitaufwand geführt hätten“, so die Geschäftsführung.

Anfang dieses Jahres habe die Geschäftsführung der IG Metall einen Kompromiss-Vorschlag für die Mitarbeiter unterbreitet, auf den es keine Reaktion in angemessener Zeit gegeben habe. Als Konsequenz sei beschlossen worden, das Problem mit dem Betriebsrat und den Mitarbeitenden zu lösen. „In diesem Zusammenhang haben wir ein Konzept entwickelt, bei dem die tarifvertraglichen Regelungen weiter gelten, jedoch auf der Ebene des einzelnen Arbeitsvertrags Anpassungen bei der Vergütung erfolgen.“ Inzwischen hätten rund 95 Prozent der Arbeitnehmer die Ergänzungsvereinbarung unterzeichnet.